

NR. 3, DEZEMBER 2021

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **KREISLAUFWIRTSCHAFT: REPARIEREN STATT WEGWERFEN** SEITE 5
- › **DAS WUNDER VON GLARUS: HISTORISCHES VERBOT FOSSILER HEIZUNGEN** SEITE 9
- › **BUNDESHAUS: RAHEL WÜRMLI AN DER FRAUENSESSION 2021** SEITE 11



**DAS WUNDER
VON GLARUS**

LIBERTÉ, EGALITÉ, PFEFFERMINZTÉ!

Riesige Auswahl an Heilkräutern.



neubauer
gmbh

BIOGÄRTNEREI | NATURGÄRTEN
8586 Erlen TG neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

BEREIT FÜR DIE ERSTEN FLOCKEN?



WWW.CURAU.CH

Mit unseren Flocken
bleibt die Kälte draussen!



Im Einklang mit der Natur

Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



COMEDIA



Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch

Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

biosfair

für Küche, Haushalt, Bad, Garten, Kleiderschrank und Geschenksideen

Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1750 Mitglieder und Sympathisant*innen der GRÜNEN in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei vier Schaltungen ein Inserat gratis, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen

Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswilten
Telefon 071 633 29 84

www.natur-gaerten.ch



NETTO NULL

VOR ALLEN ANDEREN

Liebe GRÜNE

«Ich möchte in 30 Jahren sagen können, dass mein Heimatkanton alles getan hat, um die Klimakrise einzudämmen und nicht untätig zugeschaut hat, wie sich unser Planet weiter erhitzt und Millionen von Menschen unter den Folgen der Klimakrise leiden müssen.» Diese Worte wählte ich an der diesjährigen Landsgemeinde in Glarus. Auf dem Ring stellte ich im Namen des Vereins KlimaGlarus.ch einen Verschärfungsantrag zum kantonalen Energiegesetz. Die Stimmberechtigten an der Glarner Landsgemeinde haben den Antrag angenommen. Nach Inkrafttreten des neuen Energiegesetzes dürfen keine neuen Öl- oder Gasheizungen, welche mit fossilen Energieträgern laufen, eingebaut werden. Dasselbe gilt bei Umbauten. Einen solchen kantonalen Erfolg in der Klimapolitik konnte bisher noch nie in der Schweiz und schon gar nicht im Glarnerland gefeiert werden.

Glarus soll erster klimaneutraler Kanton werden.

Hinter diesem Erfolg steckt ein engagiertes Team von Menschen unterschiedlicher Generationen und Hintergründe, welche gemeinsam im Vorstand des Vereins KlimaGlarus.ch den Verschärfungsantrag ausgearbeitet haben. Der Verein setzt sich im Glarnerland für mehr Klimaschutz ein und arbeitet dabei parteiübergreifend. Dies funktioniert, weil wir uns in erster Linie auf die Reduktion von Treibhausgasen fokussieren und unsere Tätigkeiten darauf ausrichten.

Wir haben ein klares Ziel vor Augen: Der Kanton Glarus wird der erste klimaneutrale Kanton der Schweiz. Mit unserem Erfolg an der Landsgemeinde 2021 sind wir diesem Ziel ein gutes Stück näher gekommen.

Kaj Weibel

Kaj Weibel
Vorstandsmitglied KlimaGlarus.ch
kajweibel@bluewin.ch



OSTGRÜN NR. 3/2021

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Harfenbergstr. 17, 9000 St.Gallen

Dezember 2021
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Priska Müller Wahl (GL), Maya Crameri (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Joe Brägger, Kurt Egger, Daniela Furter, Regula N. Keller, Michael Pöll, Franziska Ryser, Kaspar Schuler, Thomas Schwager, Priska Steiger, Rahel Würmli, Mathias Zopfi

Gestaltung: Daniel Bosshard

Titelbild: Jarryd Lowder
Porträtfotos S. 4 – 6: Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau



KEIN GELD FÜR HÖHERE MAUERN

Die Schweiz will sich mit 61 Millionen Franken am Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex beteiligen. Obwohl Frontex regelmässig kritisiert wird, würde damit weiter in den Ausbau der «Festung Europa» investiert, während humanitäre Kompensationen abgelehnt wurden.

Grenzschutz gegen Schmuggel, Menschenhandel oder Kriminalität ist notwendig. An sich ist es richtig, wenn sich die Schweiz am Schutz der europäischen Aussengrenze im Schengenraum beteiligt. Auch, weil die finanziellen Möglichkeiten der Grenzländer gegenüber unseren beschränkt sind.

Die Grenzschutzagentur Frontex, die mit der Vorlage 61 Mio. Franken jährlich erhalten soll, wird aber schon lange kritisiert. Es gibt Berichte, dass illegale Pushbacks durchgeführt und unzulässige Methoden eingesetzt werden. Flüchtlinge werden mit Schallkanonen, also ohrenbetäubendem Lärm, beschossen, um sie abzuwehren.

Grenzzäune wie in den USA

Anlässlich einer Reise der sicherheitspolitischen Kommission konnte ich mir ein Bild von der Grenze zur Türkei in Griechenland machen. Die hohen Grenzzäune und Befestigungen unter-

scheiden sich nur unwesentlich von dem, was Trump mit seiner Grenzmauer machte. Doch höhere Zäune machen es nicht nur Kriminellen schwerer, sondern verunmöglichen auch Schutzbedürftigen, in Sicherheit zu gelangen.

Das ist symptomatisch für die europäische Flüchtlingspolitik. Es wird in die Sicherheit investiert, aber eine gerechte Verteilung und vor allem ein menschenwürdiger Zugang zum Asylsystem findet keinen Konsens. Einmal mehr drehen wir lediglich an der Schraube Sicherheit und dort, wo es wirklich nötig wäre – bei Zugängen für Flüchtlinge mit Asylanspruch – passiert nichts.

Botschaftsasyl als Kompensation

Das Botschaftsasyl wäre eine Möglichkeit, den Grenzschutz zu kompensieren. Auch ein deutlich erweitertes Resettlement-Programm, also die direkte Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Menschen, würde ein Gegengewicht schaffen. Meine Erkenntnis des Augenscheins in Griechenland war genau das: Wenn wir die Zäune höher

bauen, dann müssen wir eine humanitäre Kompensation beschliessen. Je höher der Zaun für die illegitime Migration ist, desto breiter muss das Tor für die legitime sein. Ansonsten dient der Grenzschutz einzig der Abwehr und auch Menschen mit legitem und völkerrechtlich geschütztem Asylanspruch werden ferngehalten.

«Wenn wir die Zäune höher bauen, dann müssen wir eine humanitäre Kompensation beschliessen.»

Zu unserer Enttäuschung haben die eidgenössischen Räte jegliche Kompensation gestrichen. Die Mehrheit konnte sich nicht durchringen, einen Schritt in Richtung mehr Menschlichkeit zu tun. Sie sieht die Vorlage als reines Sicherheitsthema mit dem Ziel, Schengen nicht zu gefährden. Das Referendum ermöglicht es, ein Zeichen dagegen zu setzen.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL

NO FRONTEX



REPARIEREN

STATT WEGWERFEN

Fünf Jahre nach der Ablehnung der Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» der GRÜNEN hat die Umweltkommission die Vernehmlassung zur Änderung des Umweltschutzgesetzes eröffnet. Viele Anliegen der GRÜNEN sind darin aufgenommen.

Mit diesem Gesetz kann der Bundesrat Anforderungen über die Lebensdauer, die Reparierbarkeit und die Verwertbarkeit von Produkten und Verpackungen erlassen. Damit sollen die Garantiedauer verlängert und Ersatzteile länger verfügbar sein. Ebenso müssen die Produkte so gestaltet sein, dass sie reparierbar sind und zum Beispiel verschraubt und nicht geklebt sind. Batterien im Handy müssten ohne Fachpersonen ersetzt werden können. Und Detailhändler können verpflichtet werden, unverkaufte Produkte zu entsorgen und separat zu sammeln.

Neu kann der Bund Informations- und Beratungsprojekte zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft finanziell unterstützen. Damit können zum Beispiel die vielen erfolgreichen Repair Cafés professionalisiert und ausgebaut werden.

CO₂-armes Bauen

Auch im Baubereich gibt es Verbesserungen. Baumaterialien sind für rund 10 Prozent des Schweizer Treibhausgas-Fussabdrucks verantwortlich. Der Bundesrat kann Vorschriften erlassen über die Verwendung umweltschonender Baustoffe, die Verwendung

rückgewonnener Baustoffe, die Trennbarkeit der verwendeten Bauteile und die Wiederverwendung von Bauteilen. Das kann zum Beispiel erreicht werden mit der Bevorzugung von lokalen Bau- und Dämmstoffen wie Holz, Stroh oder CO₂-reduziertem Beton. Die Trennbarkeit der Bauteile ist Voraussetzung dafür, dass Bauteile mit einer kürzeren Lebensdauer ersetzt werden können, ohne dass in die Baustoffsubstanz eingegriffen werden muss. Der Bund soll als Bauherr eine Vorbildfunktion wahrnehmen und erhöhte Anforderungen an das ressourcenschonende Bauen erfüllen.

Neu enthält das Gesetz auch einen Littering-Artikel. Mit Busse bis zu 300 Franken wird bestraft, wer widerrechtlich vorsätzlich oder fahrlässig kleine Mengen von Abfällen wegwirft oder liegenlässt.

Jahrelange Arbeit der GRÜNEN

Die grüne Arbeit für Kreislaufwirtschaft trägt nun Früchte. Der Bundesrat hat bereits 2014 im Rahmen seines Gegenvorschlags zur grünen Initiative ähnliche Regelungen vorgeschlagen,

Titelbild: Freiwillige reparieren am Repair Café Hinterthurgau.

welche vom damaligen konservativen Parlament jedoch abgelehnt wurden. Das Gesetz greift mehrere Punkte aus dem Gegenvorschlag erneut auf. Diese wurden nun von der Umweltkommission des

«Die grüne Arbeit für Kreislaufwirtschaft trägt nun Früchte.»

neuen, grüneren Parlaments sogar noch um weiterführende Massnahmen ergänzt. Dies ist ein später, aber dennoch grosser Erfolg für die grüne Initiative, die 2010 lanciert wurde und die Kreislaufwirtschaft politisch erst zu einem Thema machte. Jetzt endlich geht es vorwärts – das ist auch der jahrelangen Arbeit der GRÜNEN zu verdanken.



Kurt Egger
Nationalrat GRÜNETG



CHANCE FÜR EINE

TIERGERECHTE LANDWIRTSCHAFT

2022 kommt die Initiative gegen die Massentierhaltung zur Volksabstimmung. Sie fordert das Ende der industriellen Tierproduktion in der Schweiz. In der laufenden Wintersession feilscht das Parlament über einen griffigen Gegenvorschlag.

Auch wenn uns die Werbung das Gegenteil weismachen will – ein grosser Teil des Fleisches, das in der Schweiz konsumiert wird, stammt nicht aus «artgerechter Tierhaltung», sondern aus industrieller Tierproduktion. Die Anzahl der in der Schweiz gehaltenen Nutztiere hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt, während gleichzeitig ein Fünftel der Landwirtschaftsbetriebe geschlossen wurden. Das Resultat: Immer mehr Tiere pro Betrieb. Die Initiative will diese Entwicklung stoppen und stattdessen eine kleinbäuerliche und naturnahe Landwirtschaft stärken.

Bio-Standard für alle

Die Initiative will die Würde des Tieres und höhere Tierschutzanforderungen in der Verfassung verankern. Sie fordert, dass innerhalb der nächsten 25 Jahre alle Betriebe auf die heutigen Bio-Standards umstellen. Dabei sollen Importbestimmungen den Schweizer Markt und die Schweizer Landwirt*innen vor Preisdumping durch ausländische Produkte schützen.

Die GRÜNEN unterstützen dieses Anliegen. Denn die Initiative dient nicht nur dem Wohl der Tiere, deren Grund-

bedürfnisse wie regelmässiger Auslauf und eine angemessene tiermedizinische Versorgung sichergestellt werden.

Auch die Fleischkonsument*innen würden davon profitieren: Heute werden 50 Tonnen Antibiotika in der Landwirtschaft eingesetzt. Mit kleineren Herden kann der Einsatz von Medikamenten und damit

auch das Risiko von antibiotikaresistenten Bakterien deutlich reduziert werden. Und schliesslich ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft bei weitem klimafreundlicher. Die intensive Nutztierhaltung in der Schweiz hingegen ist verantwortlich für zirca 12 Prozent der Schweizer Treibhausgasemissionen.

Bauernvertreter wehren sich

Der Bundesrat hat den grundsätzlichen Handlungsbedarf erkannt. Er schlägt in einem indirekten Gegenvorschlag vor, die Würde des Tieres in der Verfassung zu verankern. Doch die bürgerlichen Bauernvertreter*innen wehren sich einmal mehr gegen Veränderungen. Sie lehnen die Initiative und den direkten (sowie einen indirekten Gegenvorschlag) ab und verhindern damit eine

Verbesserung zu Gunsten des Klima- und Tierschutzes.

Wir werden uns in der Wintersession dafür einsetzen, dass der Bevölkerung zumindest ein ergänzter Gegenvorschlag vorgelegt wird. Denn die Initiative würde eine Umkehr hin zu einer tierfreundlichen,

marktkonformen und ökologisch tragfähigen Produktion ermöglichen. Dank einer Übergangsfrist von 25 Jahren haben alle Betriebe genügend Zeit, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. So könnten Betriebe endlich zu fairen Preisen produzieren. Und vor allem zum Wohl der Tiere.

«Die Anzahl der in der Schweiz gehaltenen Nutztiere hat sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt.»



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



FLUGVERKEHRSABGABE:

WER HAT SIE VERRATEN?

Die Klimakrise brachte vor den Wahlen im Herbst 2019 die Jugend in Bewegung und die Parteien zum Ergrünen. So wollte sich auch die FDP plötzlich auf ihre grüne DNA besinnen. Was ist zwei Jahre später daraus geworden?

In den Monaten vor den nationalen Wahlen ging ein veritabler Ruck durch die Parteien, vor allem durch die FDP. Unter Führung der damaligen Präsidentin Petra Gössi wollte sich die grösste liberale Partei der Schweiz für mehr Klimaschutz einsetzen und das Umweltfrevler-Image ablegen.

Im Kantonsrat St.Gallen zeigte sich dies im Februar 2019 an der «Klimasession»: Eine Standesinitiative der SP-GRÜNE-Fraktion zur Flugticket-Steuerung wurde zur Überraschung vieler mit 54 Ja zu 51 Nein gutgeheissen. Den Ausschlag zum politischen Erfolg gab die FDP-Fraktion: Das Tagblatt

zitierte den FDP-Kantonalpräsidenten Raphael Frei nach der Debatte im Rat wie folgt: «Der Schutz des Klimas sei die Frage unserer Zeit».

Nur ein Drittel sagte JA

Am 23. September dieses Jahres stimmte der Nationalrat über diese und acht weitere Standesinitiativen mit ähnlicher Zielrichtung ab. Die St.Galler Variante unterlag mit 95 zu 79 Stimmen. Nur ein Drittel der St.Galler Delegation unterstützte sie. Neben Franziska Ryser der GLP-Vertreter Thomas Brunner und die beiden SP-Frauen Claudia Friedl und Barbara Gysi. Neben acht weiteren St.Galler Nationalrät*innen auch im Nein-Lager: Die Umweltfreisinnige Susanne Vincenz-Stauffacher, die im Februar 2019 noch Mitglied des St.Galler Kantonsrats war. Eine herbe Enttäuschung.

Schaut man sich das Abstimmungsverhalten insgesamt an, kommt man noch mehr ins Grübeln: Keine einzige JA-Stimme aus der FDP und somit das exakt gleiche Stimmverhalten wie die SVP. Aus der Fraktion von Mitte-EVP konnten sich nur 38 Prozent für die St.Galler Standesinitiative erwärmen. Klima, war da was?!

Nicht nachvollziehbar das Stimmverhalten der GLP-Mehrheit: Sieben Enthaltungen und nur sechs Stimmen für das Standesbegehren. Die SP-Fraktion steuerte auch sechs Enthaltungen bei. Aber selbst bei einer geschlossenen Haltung von Grünlinks und GLP wäre die St.Galler Standesinitiative ohne FDP-Support abgestürzt. Nach der Klimawahl 2019 gilt bei der FDP offensichtlich wieder das Motto «Fuck de Planet». Und die Zeit für einen wirksamen Klimaschutz rinnt uns weiter durch die Finger...

Details zur Abstimmung auf der Parlamentsdatenbank unter: <https://bit.ly/fdp-nein>



Thomas Schwager
Kantonsrat GRÜNE SG
Delegierter GRÜNE CH

ABSTIMMUNGSVERHALTEN

	JA-Anteil	
SVP	0 %	<div style="width: 0%;"></div>
FDP	0 %	<div style="width: 0%;"></div>
Mitte-EVP	38 %	<div style="width: 38%;"></div>
GLP	46 %	<div style="width: 46%;"></div>
SP	85 %	<div style="width: 85%;"></div>
GRÜNE	97 %*	<div style="width: 97%;"></div>

* Enthaltung Fraktionsmitglied Stefania Prezioso Batou von «Ensemble à Gauche» aus Genf.



GRÜNE MISCHEN GRAUBÜNDEN AUF

Lange mussten die Bündner*innen leiden, warten und kämpfen für die Einführung des Proporzwahlrechts. 1918 national auf Druck von Links eingeführt, brauchte es in Graubünden neun (!) Volksabstimmungen seit 1937, bis es endlich klappte. Und schon steht der erste Proporz-Wahlkampf an.

KSU. Jede einzelne Bündner Gemeinde stimmte am 13. Juni dem Proporz zu, insgesamt mit 79 Prozent JA. Der nun eingeführte «Bündner Kompromiss» hält zwar an den bisherigen 39 Wahlkreisen fest, was in Kreisen mit kleiner Bevölkerungszahl die Beibehaltung von Einerwahlkreisen festschreibt. Aber so wird zum Beispiel auch das Hochtal Avers weiterhin direkt im Grossen Rat vertreten sein.

Neuerdings zählt jede Stimme

Wer früher – im Majorzsystem – einer chancenlosen linken Kandidat*in seine Stimme gab, verlor auch deren Gewicht. Nun im Proporz wird kantonsweit jede einzelne Stimme ihrer jeweiligen Parteiliste zugeschrieben. In der Folge wird nächsten Mai auch die Gesamtzahl der 120 Parlamentssitze im Verhältnis der Listenstimmen den Parteien zugeteilt. So kann der neue Grosse Rat bunter, vielfältiger werden. Um das tatsächlich zu erreichen, sprich der Bevölkerung eine echte Auswahl zu geben, braucht es in möglichst jedem Kreis mindestens eine GRÜNE Kandidatur. Auf uns allein gestellt wäre das ein Ding der Unmöglichkeit. Auch die Überwindung der gesetzlichen Hürde von mindestens drei Prozent aller

abgegebenen Stimmen würde nicht ganz einfach. Also schlossen wir uns mit der SP zusammen, die sich genauso über den historischen Umbruch freut. Zusammen wollen wir aus der Minderheiten-Ecke der heute 19 linken Grossratsitze ausbrechen und auf deutlich mehr linksgrüne Volksvertreter*innen kommen.

Ein Aufbruch mit Ansage

Am 27. November hat die gemeinsame Nominationsversammlung mit der SP in Chur stattgefunden, an welcher auch gleich der einzige linke Regierungsrat, Peter Peyer, zur Wiederwahl nominiert wurde. Ein kantonsumfassendes Kandidat*innenfeld in Vollbesetzung, mit 120 Kandidat*innen, haben wir auch linksgrün vereint nicht ganz erreicht. Doch allein unsere 18 dreisprachigen Verda-GRÜNEN Kandidat*innen, darunter sechs Frauen, sind ein starkes Team. Unter ihnen sind mehrere NGO-Geschäftsleiter*innen, Schüler und Student*innen, eine touristische Marketingleiterin und eine Bäuerin, je ein Arzt, Energie-Unternehmer, Kaufmann, Künstler, Umweltingenieur und ein angehender Grafiker. Sie treten in 14 Wahlkreisen an. Die GRÜNEN wollen in Graubündens

Politik Einzug halten? Oh ja, und zwar richtig.

Titelbild. Hintere Reihe (v.l.n.r.): Simon Gredig (Chur), Armando Lenz (Domleschg), Teo Cramer (5 Dörfer), Kaspar Schuler (Maienfeld), Lorin Niethammer und Gabriel Reiber (Chur), Hansjörg Hosch (Oberengadin).
Vordere Reihe (v.l.n.r.): Alf Bolt (Oberengadin), Anita Mazzetta (Chur), Nicolas Zogg (Rhäzüns), Beat Deplazes (Lumnezia), Agrena Schuler (Schiers), Selina Arquint (Trin), Claudio Bernard (Küblis), Maya Cramer (Sekretariat).
Nicht im Bild: Livia Künzi (Schanfigg), Kesang Bischoff (Bregaglia), Anna Gredig (Safien), Reto Peter (Suot Tasna).

HILF MIT!

Um in 14 Bündner Kreisen Wahlkampf zu führen, braucht es nicht nur unsere 18 Kandidat*innen mit all ihrer Energie. Es braucht ganz viel mehr Engagierte, die flyern und finanzieren, telefonieren und posten – und noch eine Idee mehr einbringen. Damit wir von der Surselva über das Rheintal bis ins Prättigau, vom Bergell über das Engadin bis in die Herrschaft zu sehen sind.

Machst Du mit? Bitte gib Maya in unserem Sekretariat einen Hinweis. Sie nimmt mit Dir Kontakt auf. Damit der nächste Frühling in Graubünden grün blüht!

Maya Cramer
info@verda-gr.ch
079 820 71 99



Bild: Janyce Lowder

HISTORISCHES VERBOT

FOSSILER HEIZUNGEN

Die Landsgemeinde im Kanton Glarus als oberstes legislatives Instrument ist immer wieder für Überraschungen gut – oder eben im Falle des kantonalen Energiegesetzes: Es geschehen Wunder! Zu verdanken ist dies dem Einsatz der Glarner Klimabewegung – und der Jungen Grünen.

RNK. Die Landsgemeinde Glarus ist am 5. September mehreren Verschärfungsanträgen aus dem Lager der Klimabewegung und der GRÜNEN gefolgt. Der Wichtigste davon: Der Einbau von Heizungen mit fossilen Energieträgern ist nach Inkrafttreten des Gesetzes bei Neubauten und Renovierungen nicht mehr erlaubt. Damit hat der Kanton Glarus die schärfsten Vorschriften in der kantonalen Energiegesetzgebung. Und dies in einem Kanton, der drei Monate zuvor das CO₂-Gesetz mit über 60 Prozent Nein-Stimmen wuchtig abgelehnt hatte.

Der kleine Kanton Glarus vermag verschiedentlich zu überraschen: Bei eidgenössischen Abstimmungen stimmt er oft stramm konservativ, dafür zeigt er bei kantonalen Vorlagen dank der Landsgemeinde und ihren Mechanismen immer wieder innovative Seiten. Erwähnt sei hier die Einführung des Stimmrechtsalters 16 im Jahre 2007 oder die Mega-Gemeindefusion von 2006.

Das «Momentum» nutzen...

Kenner der Landsgemeinde wie der grüne Ständerat This Zopfi sprechen vom «Momentum», das es zu nutzen gelte.

Dieses «Momentum» hat der Verein KlimaGlarus.ch Anfang September meisterhaft genutzt. Dank guter Mobilisierung, viel taktischem Geschick und gut ausgewählten und gut vorbereiteten Redner*innen wie dem jungen Kaj Weibel, Mitglied der Jungen Grünen, hat es der Verein geschafft, ein zukunftsträchtiges Energiegesetz durchzubringen. Mit eindringlichen Worten erinnerte Weibel die Stimmberechtigten an die Folgen der Klimakrise wie die Überschwemmungen des vergangenen Sommers: «Diese Ereignisse haben dramatische Folgen für die Natur und die betroffenen Menschen. Es ist deshalb klar: Die Treibhausgase müssen so schnell wie möglich reduziert werden.»

...und mutig sein

«Wir waren ein Super-Team», so die junge Klimaaktivistin Denise Aepli, die den Redner*innen-Reigen für ein strengeres Energiesetz abschloss. «Der grosse Aufwand, die vielen Stunden Arbeit, das Absprechen und Überarbeiten der Voten haben sich gelohnt». Worte aus ihrer Rede wurden geradezu zum Motto des Tages: «Hüt isch Ziit für Muät. Lömmer hüt bitte wieder äs Wunder

gscheh, wiä bim Stimmrechtsalter 16 oder dä Gmeindsfusion.»

Und die Glarner*innen stimmten dank den ermutigenden Voten gerade auch der jungen Redner*innen den Anträgen zu, wenn auch sehr knapp: Frau Landammann Marianne Lienhard, die das Resultat gemäss den Spielregeln der Landsgemeinde schätzt, bat ihre Ratskollegen für weitere Abschätzungen auf die Tribüne. Die Abstimmung musste mehrfach wiederholt werden – aber am Schluss gab es ein Ja, wunderbar!

«Damit hat der Kanton Glarus die schärfsten Vorschriften.»



Kaj Weibel (Junge Grüne) bei seinem Votum.



MEHR KLIMASCHUTZ

IN AMRISWIL

Die Klima- und Energie-Charta motiviert Städte, Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstosses und zur Förderung erneuerbarer Energien zu formulieren. Ein überparteiliches Komitee um die GRÜNEN Amriswil haben eine Petition lanciert und fordern die Stadt auf, die Klima- und Energie-Charta zu unterzeichnen.

PST. Die Klima- und Energie-Charta wurde vom Klimabündnis Schweiz erarbeitet und seitdem von 42 Städten unterzeichnet, unter anderem von Kreuzlingen, Schaffhausen, St.Gallen und Wil.

Mit der Unterzeichnung anerkennen die Gemeinden den Klimawandel als eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit und verpflichten sich, innovative Massnahmen für Energie- und Klima-Themen zu fördern. Jede Stadt formuliert im Rahmen der Möglichkeiten eigene Handlungsleitsätze.

Mögliche Ziele der Klima- und Energie-Charta sind:

- auf erneuerbare Energien ohne Treibhausgasemissionen umsteigen;
- die genutzte Energie effizient nutzen

zen im Hinblick auf die 2000-Watt-Gesellschaft in Deckung mit der Energiestrategie 2050 des Bundes;

- die Treibhausgasemissionen aus dem Konsum reduzieren (Güter, Dienstleistungen, Finanzanlagen, nicht-energiebedingte Treibhausgasemissionen aus Landwirtschaft und Herstellung von Baustoffen);
- Monitoring: die Zielerreichung überwachen.

Das Bewusstsein der Bevölkerung stärken

Das Komitee in Amriswil um die Co-Präsidentinnen der GRÜNEN Amriswil, Simone Reinhart und Priska Steiger, möchten die Stadt Amriswil bewegen, sich mehr für den Klimaschutz zu engagieren. Die Klima- und Energie-Charta ist für Amriswil ein wichtiger Schritt in Richtung Energiestadt Gold, das Label,

das Amriswil 2022 anstrebt.

«Amriswil soll eine Vorreiterrolle einnehmen und sich innovativ und kreativ zeigen, um die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern», wünscht sich Co-Präsidentin Priska Steiger. Die Sensibilisierung der Bevölkerung ist ein zentrales Thema, um schnell viel zu erreichen. Die Amriswiler*innen müssen verstehen, dass es jede*n Einzelne*n braucht, um diese globale Herausforderung zu meistern. Aber auch Industrie-, Dienstleistungs- und Landwirtschaftsbetriebe müssen dazu aufgerufen werden, für die Handlungsleitsätze einzustehen. Amriswil mit seinen 14'000 Einwohnenden birgt viel Potenzial. Zum Beispiel im lokalen ÖV, in der Form von Ladestationen für Elektrofahrzeuge, Car-Sharing-Angeboten, Förderprogrammen für Gebäudehüllen oder beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Energieträger.

Für die Petition wurden 400 Unterschriften gesammelt. Diese werden demnächst an den Stadtpräsidenten übergeben. Priska Steiger und Simone Reinhart: «Wir sind gespannt, welche Rolle Amriswil in Zukunft übernehmen wird.»

Naturgarten und essbare Wildpflanzen intensiv

- swch.ch Kurs 525, 18-21 Juli 2022, in Flawil/Uzwil
- Das Programm, findest du auf der Webseite von swch.ch **swch.ch Kurse sind auch für nicht Lehrpersonen offen**
- Dieser Kurs eignet sich auch für Behördenmitglieder und Gemeindeangestellte die das „Grünstadtlabel“ umsetzen wollen

Markus Scheiwiler, Forstwart, Naturgartenfachmann NGL, 071 / 951 31 88, schewiler.markus@hotmail.com



RAHEL WÜRMLI AN DER FRAUENSESSION 2021

Zwei Tage war der Nationalratssaal in Frauenhand. Es war ein starkes Bild, welches die 246 Frauen zwischen 17 und 82 Jahren aus der ganzen Schweiz gezeichnet haben. Mittendrin war auch Rahel Würmli, Vize-Präsidentin der GRÜNEN Kanton St.Gallen und ehemalige Regierungsratskandidatin.

RWU. Mit grosser Vorfreude begab ich mich zur Bundestauserasse. Ein umwerfendes Morgenrot und der Blick auf die frisch verschneiten Berner Alpen begleiteten uns Frauen in der Schlange vor der Sicherheitskontrolle. Im Bundeshaus eingetroffen, schlug das Herz nochmals höher. Wow, hier dabei zu sein, ein Teil dieser historischen zweiten Frauensession zu sein, hat mich sehr berührt.

Die anfangs noch verschlungenen Wege wurden sehr schnell vertraut. Wandeln in der Wandelhalle, den Blick auf der Terrasse zu den Berner Alpen schweifen lassen, im Café plaudern, zur Abstimmung zurück in den Saal spurten. Alles genau wie im echten Ratsbetrieb.

Zum Start der Frauensession 2021 spielte ein Frauenband, im Saal «häts gfägt» und kaum ein Auge blieb trocken. Immer wieder war ich berührt, mit welchem Mut und Engagement, aber auch mit welchem Selbstverständnis die jungen Frauen am Mikrofon standen und ihre Botschaft mitteilten. Der Applaus aus dem Saal hat diesen Mut, diese positive Energie verstärkt, und mehr als einmal für Hühnerhaut

gesorgt. Zwei Sätze zogen sich wie ein roter Faden durch die Reden und Ansprachen. «Natürlich gehören wir ins Haus, ins Gemeindehaus, ins Bundeshaus» von Josy Meier, sie hat als erste Ständeratspräsidentin die erste Frauensession eröffnet und jener von Simone de Beauvoir: «Frauen, die nichts fordern, werden beim Wort genommen. Sie bekommen nichts.» Darum liebe grüne Frauen, lasst uns weiterhin fordern und Lösungen auf-

«Natürlich gehören wir ins Haus, ins Gemeindehaus, ins Bundeshaus.»

Titelbild: Rahel Würmli am Mikrofon.

zeigen, stehen wir auf, nehmen wir unsere Aufgabe und Verantwortung wahr und tragen wir dazu bei, dass die 42

Prozent Frauen im Nationalrat kein Ausrutscher sind, sondern Normalität werden. Erst wenn wir in allen politischen und wirtschaftlichen

Gremien ausgeglichen vertreten sind, haben wir unser Ziel erreicht.



Grüne Frauen an der Frauensession. In monatelanger Vorbereitungsarbeit und an den Sessionstagen entstanden Forderungen für die dringlichsten politischen Anliegen der Frauen in der Schweiz.



FUSS- UND VELOBRÜCKE

VOR DEM AUS?

Am 26. September 2021 lehnte die Schaffhauser Stimmbevölkerung den Planungskredit für die Fuss- und Velobrücke «Duraduct» ab. Steht das Schaffhauser Klimaschutz-Leuchtturmprojekt vor dem Aus?

Das Wort Duraduct setzt sich aus «Durach», den durch das Mühlental fließende Bach und «Viaduct» zusammen. Schon 1934 hatte Ingenieur Adolf Eggenschwyler die Idee, den Geissberg und die Breite mit einer Brücke zu verbinden. 70 Jahre später holte Pro Velo Schaffhausen die Vision einer Fuss- und Velobrücke zwischen den beiden Quartieren wieder hervor und ergänzte sie mit einem Lift vom Talboden hoch zur Brücke und hätte damit drei Quartiere miteinander verbunden.

Der Duraduct wurde ins Aggloprogramm 1 aufgenommen und vom Bund als «Leuchtturmprojekt für den Langsamverkehr» gewertet. Danach passierte mehrere Jahre nichts, worauf 2010 Pro Velo über 2600 Unterschriften für eine Petition sammelte und der Stadt übergab. Gefordert wurde eine Volksabstimmung über den Duraduct bis im Jahr 2012!

An der Urne abgelehnt

Jahre vergingen, es wurde viel darüber geredet, aber konkrete Schritte seitens der Politik fehlten. Mit der Grossüberbauung Stahlgießerei im Mühlental wurde auch der Duraduct wieder ernsthaft zum Thema. Im 2017 bewilligte

der Grosse Stadtrat einen Kredit für eine Machbarkeitsstudie. Im Frühling 2020 wurde die Machbarkeitsstudie abgeschlossen und der grosse Stadtrat bewilligte einen Planungskredit. Im Herbst 2021 hat die Schaffhauser Stimmbevölkerung den Planungskredit an der Urne klar mit 55 Prozent abgelehnt.

Massive Gegenkampagne

Was führte zu diesem enttäuschenden Resultat? Einerseits haben die Bürgerlichen mit Ihrer Gegenkampagne Ängste geschürt: Mit Stichworten wie Enteignung, Luxusobjekt, nice to have aber nicht nötig oder Verkehrsutopie wurde um sich geworfen. Die hiesige Zeitung, die Schaffhauser Nachrichten, gab den Rest dazu, indem sie die Nein-Parole fasste und sich über Wochen negativ zum Projekt äusserte. Dabei überwiegen die Vorteile bei weitem und es wäre in der heutigen Zeit ein wichtiges Zeichen gewesen: Verlagerung vom Autoverkehr auf umweltfreundliche Verkehrsmittel, sichere und schnelle Verbindungen zwischen drei Quartieren, neue Möglichkeiten in der Schulraumplanung, Erschliessung

siedlungsnaher Erholungsräume, und nicht zuletzt ein wichtiges Signal für den Klimaschutz!

Wir deuten das Nein zum Planungskredit nicht als Nein zum Duraduct

«Das Projekt wäre in der heutigen Zeit ein wichtiges Zeichen gewesen.»

und schon gar nicht als ein Nein zu den längst notwendigen Investitionen in den Langsamverkehr.

Der Autoverkehr innerhalb der Stadt wächst und die Strassen sind zunehmend verstopft. Eine zukunftstaugliche Investition ist zwingend nötig. Nun sind die Bürgerlichen gefordert, die schon längst auf bessere Varianten verwiesen haben – wir sind gespannt auf ihre Ideen!



Daniela Furter
Grossstadträtin GRÜNE SH
Geschäftsführerin Pro Velo SH



KRAMPF MIT DEN PARKPLÄTZEN

Am Abstimmungssonntag vom 26. September lehnten die Frauenfelder Stimmberechtigten einen 1.75 Millionen-Kredit für die Finanzierung von 50 Tiefgaragenparkplätzen unter dem geplanten Erweiterungsbauprojekt des kantonalen Regierungsgebäudes deutlich ab.

MPO. Das Resultat erstaunt, kam der Erfolg doch gegen die vereinte bürgerliche Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat zustande. Weniger erstaunlich ist das Resultat, wenn man sich die Parkplätzahlen in Frauenfeld vor Augen führt. Verschiedene Zählungen der GRÜNEN zeigten, dass in der Frauenfelder Innenstadt rund 2000 öffentlich zugängliche Parkplätze vorhanden sind. Es gibt vermutlich keine vergleichbare Schweizer Stadt mit einem derartigen Parkplatz-Überfluss.

Leeres Parkhaus Altstadt

Die Befürworter beeindruckte das wenig. Auch nicht die Tatsache, dass direkt neben den geplanten 50 Parkplätzen schon heute das Parkhaus Altstadt grösstenteils leer steht (siehe Titelseite). Die Tiefgaragenplätze sollten trotzdem gebaut werden. Man wollte diese Chance nutzen, auch wenn ihr kein Nutzen gegenüberstand.

Der Kompromissvorschlag, im Gegenzug gleich viele oberirdische Parkplätze aufzuheben, wurde mehr oder weniger diskussionslos abserviert. Parkplätze kann es schliesslich nie genug haben. Was kümmern schon Leerstände und eine fehlende Bedürfnisabklärung.

Volksabstimmung dank Referendum

Im Rat wurde darum unter Federführung der GRÜNEN zusammen mit der Frauenfelder Lokalpartei CH und der GLP das Behördenreferendum ergriffen. Damit durfte das Volk entscheiden.

Ein breit abgestütztes Komitee organisierte die Abstimmungskampagne. Schlüsselemente für den Erfolg waren ein Flyerversand in alle Haushalte, eine intensive Medienarbeit, Strassenpräsenz und Social Media. Hilfreich war auch die Anzeigetafel der schlecht ausgelasteten Tiefgarage Altstadt. Sie ist das Mahnmal der verfehlten bürgerlichen Parkplatzpolitik in Frauenfeld.

Der Stadtrat zeigte sich als schlechter Verlierer. Umgehend nach der Abstimmungsniederlage wurde kommuniziert, dass jetzt halt keine oberirdischen Parkplätze abgebaut werden können. Unterschlagen wurde, dass dies sowieso nicht geplant war.

Wenige Wochen nach der Abstimmungsniederlage wurde bekannt, dass der Kanton 100 neue Parkplätze erstellen will. Gebaut werden sollen

«Es gibt vermutlich keine vergleichbare Schweizer Stadt mit einem derartigen Parkplatz-Überfluss.»

sie «auf der grünen Wiese» direkt anschliessend an einen bestehenden Parkplatz. Die dort vorhandenen knapp

200 Parkplätze stehen grösstenteils leer. Ein pointierter Leserbrief genügte und der Kanton sah sich gezwungen

klarzustellen, dass er diese Plätze gar nicht bauen wollte. Es war die Stadt Frauenfeld, die dem Kanton diese aktiv angeboten hatte. Dem Vernehmen nach denkt der Kanton laut darüber nach, das Baugesuch zurückzuziehen.



Erfolgreiche Kampagne unter Federführung der GRÜNEN.



ABSTIMMUNGEN VOM

13. FEBRUAR 2022

Am 13. Februar 2022 steht den Schweizer*innen wieder ein reich befrachtetes Abstimmungsprogramm mit zwei Volksinitiativen und zwei Referenden bevor. Die OSTGRÜN-Redaktion gibt einen Überblick mit Abstimmungsempfehlung.

Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»

Die Initiative verlangt ein totales Verbot von Tierversuchen sowie von Forschung am Menschen. Was auf den ersten Blick unterstützenswert aussieht, schießt übers Ziel hinaus: So wären z.B. auch fürs Tierwohl unbedenkliche Beobachtungsstudien verboten. Ein undifferenziertes Verbot von Tierversuchen hätte gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in der Schweiz. Die Versorgung mit Arzneimitteln, Impfstoffen und wichtigen Medizinprodukten, wie z.B. Krebsmedikamenten, wäre stark eingeschränkt.

Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»

Die Initiative verlangt eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Jugendliche, die gar keine Tabakprodukte kaufen



dürfen, sollen von den Tabakkonzernen auch nicht zum Rauchen verführt werden. Der Tabakkonsum führt in der Schweiz zu fast 10'000 Todesfällen pro Jahr sowie zu jährlichen Kosten von 5.6 Milliarden Franken. Hinzu kommt, dass schätzungsweise nur ein Drittel aller Zigarettenstummel im Müll landen – der Rest landet in der Natur. Die GRÜNEN stehen klar hinter der Initiative.

Referendum zum «Bundesgesetz über die Stempelabgaben»

Stempelabgaben sind Steuern, die auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften erhoben werden. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein Steuergeschenk an Grosskonzerne, das beim Bund zu Einbussen in Millionenhöhe führt. Die Bürgerlichen verfolgen eine Salomitaktik: Auf die Abschaffung der Stempelsteuer folgt die Abschaffung der Industriezölle und bald der Verrechnungssteuer. Es ist kein Ende der Steuersenkungsgelüste für Grosskonzerne in Sicht.

Referendum zum «Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien»

Die Medien kämpfen ums Überleben: Die Werbeeinnahmen der Printme-

dien gehen immer stärker zurück oder fließen an die Giganten Facebook und Google ab. Das Gesetz garantiert die Medienvielfalt in der Schweiz: Es unterstützt die kleineren, lokalen Medienhäuser stärker als die grossen und garantiert so, dass die lokale Berichterstattung nicht verschwindet.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

der OSTGRÜN-Redaktion:

- | | |
|-------------|---|
| NEIN | zur Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» |
| JA | zur Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» |
| NEIN | zum «Bundesgesetz über die Stempelabgaben» |
| JA | zum «Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien» |



SIMONE REINHARTS

EINSATZ FÜR DIE UMWELT

Müsste man den Archetyp der jungen Frau erfinden, die vom nachhaltigen Einsatz für unsere Tier- und Pflanzenwelt ganz im grünen Sinne nicht nur spricht, sondern ihn auch lebt, wäre Simone Reinhart die Idealbesetzung. Die junge Amriswilerin macht Nägel mit Köpfen – und das mit beachtlichem Erfolg.

JBR. Der Familienname Reinhart ist in Amriswil und darüber hinaus seit einiger Zeit bekannt und steht für grossen Einsatz für grüne Anliegen. Die 25-jährige Simone Reinhart macht da keine Ausnahme. Der Tochter von Sandra Reinhart, Stadträtin, Kantonsrätin und -Fraktionspräsidentin der GRÜNEN, ist «Grüngut» zweifelsohne bereits in die Wiege gelegt worden. So ist Simone Reinharts Werdegang zwar nicht weiter verwunderlich, gleichwohl beeindruckend: die junge Frau verfügt über einen Bachelor in Umweltingenieurwesen ZHAW, Schwerpunkt Biologische Landwirtschaft. Nachhaltige Landbewirtschaftung im Allgemeinen sowie Wiederaufforstung und Bienenhaltung im Speziellen verschafften ihr Engagements von Finnland bis in die Karibik.

Von den Praktika zum KMU

Der Schutz von Tieren und Pflanzen in einer intakten Umwelt ist Simone Reinharts wichtigstes Handlungsmotiv. So engagierte sich die junge Amriswilerin insbesondere in Projekten für Bodenschutz, Wiederaufforstung und Herdenschutz. Fast schon selbstverständlich hat Simone Reinhart auch Einsitz im Vorstand von Pro Natura TG.

Daneben gelangte schon bald auch eine gewisse – familiär bedingte – unternehmerische Prägung zum Durchbruch. So wurde von der Amriswilerin vor kurzem die ENSOY GmbH mitgegründet. Eine Firma, die qualitativ hochwertigen Tofu aus CH-Soja produziert.

Politisches Engagement

Dass der bekannte, grosse politische Einsatz von Simones Mutter seine Spuren hinterlassen würde, liegt auf der Hand. Simone Reinhart ist seit drei Jahren Mitglied der Jungen Grünen ebenso wie der GRÜNEN Thurgau und

seit 2020 Delegierte bei den GRÜNEN Schweiz. Im selben Jahr kandidierte Simone zum ersten Mal für die Kantonsratswahlen – und dies erst noch mit dem viertbesten Resultat im Bezirk! Dieses Jahr hat Simone Reinhart zusammen mit Priska Steiger auch das Co-Präsidium der GRÜNEN Amriswil übernommen. So lässt sich feststellen, dass Simone Reinhart nicht nur politisches Talent mitbringt, sondern auch enormes Engagement – getreu dem Motto: Grün ist nicht einfach eine Farbe unter vielen, sondern eine Lebenshaltung!





UNTERSCHRIFTEN- SAMMLUNGEN

Aktuell sammeln die GRÜNEN für drei nationale Vorlagen Unterschriften. Neben der **«Stop F-35»-Initiative**, die den Kauf von amerikanischen Luxuskampfwaffen verhindern will, beteiligen wir uns auch mit einer Sammelquote an der **Umweltverantwortungsinitiative** der Jungen Grünen und dem **«Frontex»-Referendum** (siehe S. 4). Damit die Vorlagen zustande kommen, sind wir auf Deine Unterstützung angewiesen.

Sammeln in Gruppen

Falls in Deiner Region demnächst keine Standaktion durchgeführt wird, kannst Du auch alleine oder gemeinsam mit Kolleg*innen im öffentlichen Raum

Unterschriften sammeln. Ohne Bewilligung darfst Du dabei aber keinen fixen Stand aufbauen.

Sammeln im Bekanntenkreis

Falls Du nicht in der Öffentlichkeit sammeln willst, kannst Du dies auch im eigenen Bekanntenkreis tun. Motiviere Deine*n WG-Mitbewohner*in, Eltern oder Partner*in, die Vorlagen zu unterschreiben. Du kannst Deine Bekannten auch per Brief für eine Unterschrift anfragen.

Unterschriftenbogen kannst Du direkt bei Deiner Kantonalpartei beziehen (siehe Kontaktdaten unten).

OSTGRÜNE: ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- VERDA Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.verda-gr.ch
info@verda.gr
- GRÜNE Schaffhausen
Postfach 1053
8201 Schaffhausen
079 405 74 24
www.gruene-sh.ch
rita.schirmer@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Harfenbergstr. 17
9000 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 1/22
6. Februar 2022

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- Freitag, 7.1. 19.00 Uhr Mitgliederträff GRÜNE GL, Glärnischbligg im Gesellschaftshaus Ennenda
- Donnerstag, 3.3. 18.30 Uhr Sitzung GRÜNE Frauen GL, Stadthof Glarus
- Mittwoch, 6.4. 19.30 Uhr Hauptversammlung GRÜNE GL

Graubünden

www.verda-gr.ch

- aktuell keine Termine geplant

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Freitag, 7.1. Neujahrssessen
- Mittwoch, 12.1. Mitgliederversammlung
- Donnerstag, 31.3. Mitgliederversammlung

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- jeweils 1. Donnerstag des Monats, ab 17.30 Uhr Grüner Stammtisch, GRÜNE Stadt SG, Restaurant Splügen, St.Gallen
- Mittwoch, 8.12. 19.00 Uhr Jahresschlussversammlung GRÜNE Rapperswil-Jona
- Samstag, 8.1. ab 9.30 Uhr Neujahrssanlass bei Kantonsrat Marco Fäh in Necker, GRÜNE Linth und GRÜNE Toggenburg
- Mittwoch, 19.1. 19.00 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE SG (online)
- Samstag, 22.1. 20.00 Uhr Oldies Disco im «Dancebeat», FLAWA Block 1, Flawil (durch GRÜNE Wil-Land organisiert)
- Mittwoch, 2.3. 19.15 Uhr Regio-Treff, GRÜNE Wil-Land, Rest. Steinbock, Flawil
- Samstag, 2.4. 9.00 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE SG

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Samstag, 25.1. Mitgliederversammlung GRÜNE TG, Bezirk Münchwilen

Ostschweiz und National

- Samstag, 15.1. DV der GRÜNEN CH
- Sonntag, 13.2. Abstimmungen
- Samstag, 26.3. DV der GRÜNEN CH